

# Rede zum 25. Jahrestag des Mauerfalls

Von Dr. Wolfgang Welsch  
CDU - Heidelberg, 7. November 2014

[www.wolfgang-welsch.com](http://www.wolfgang-welsch.com)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn wir uns heute hier im Schloss Neckarhausen versammelt haben, um den Jahrestag des Mauerfalls zu feiern, der sich an diesem 9. November zum 25. Mal jährt, dann soll uns das Anlass für einen Rückblick sein.

*„Wir haben damals die Fundamente für das gelegt, was jetzt passiert“*, erklärte Wolfgang Bruns 1995. Er war derjenige, der am 17. Juni 1953 den Generalstreik in Ostberlin ausrief. Der gesamte Süden der DDR mit über 700 Städten, in denen 1 Million Menschen auf den Straßen waren, hat den Aufstand gegen das Ulbricht-Regime getragen. Gefordert wurden gerechter Lohn und Reduzierung der hohen Arbeitsnormen. Sehr schnell auch freie Wahlen und Ablösung von Ulbricht. Erst Arbeiteraufstand, dann Volksaufstand. Für einen Moment war die Diktatur paralysiert.

Trotz der Kräfteverhältnisse und der Tatsache, dass 500 000 Soldaten der Roten Armee in der DDR bereit standen, die Herrschaft der SED zu verteidigen, war dies eine konsequente, humanistische und mutige Widerstandshandlung.

Die Diktatur war jedoch fremdbestimmt und die Rote Armee schlug den Aufstand nieder. In ihrer finstersten Konsequenz machte die Herrschaftsclique der SED dabei nichts anderes als alle Diktaturen und Menschheitsbeglucker vor ihr: Sie verhaftete, folterte und tötete ihre Kritiker, die, die demonstrierten, und später jene, die fliehen wollten, und besonders die, die auch danach und bis zum Fall der Mauer vielfältigen Widerstand leisteten. Und sie tat es mit fanatisch-brutaler Konsequenz.

In der Folge des Volksaufstands verließen über drei Millionen Menschen das Land. „Abstimmung mit den Füßen“ wurde dieser Vorgang genannt, denn richtige Abstimmungen und Wahlen gab es im selbsternannten Arbeiter- und Bauernstaat nicht. Die Flüchtenden hatten erkannt, dass es sich nicht lohnte, in einem gewalttätigen Land zu leben, das ihnen keine freiheitliche Perspektive bot. Die Unfreiheit war mit den Händen zu greifen. Letztlich setzte sich fort, was Rosa Luxemburg schon bei ihrer Analyse der bolschewistischen Revolution von 1917 erkannt hatte: *„Den Kommunisten ging es nicht um die Verbindung von Sozialismus und Demokratie, sondern sie traten – wenn es ihnen opportun erschien – demokratische Verhältnisse und Vorstellungen mit den Füßen.“*

Schon 1945 sprach Walter Ulbricht Klartext: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

Wahr ist: Unrecht gab und gibt es auch in Rechtsstaaten. Menschen können fehlerhaft handeln. Aber in Rechtsstaaten werden sie dafür zur Verantwortung gezogen. Der SED-Staat hingegen kannte weder Meinungsfreiheit noch Freizügigkeit, weder politischen Pluralismus noch Gewaltenteilung und schon gar keine unabhängige Rechtsprechung. Er war, kurz gesagt, ein großes Gefängnis.

Diejenigen, die das SED-Regime mitgetragen haben, bewusst oder unbewusst, basteln noch immer an ihren Rechtfertigungsversuchen, die in ihrer banalen Ignoranz an den bekannten Satz zu einem Vorgänger-Regime erinnern: „*Aber die Autobahnen wurden gebaut...*“

Wenn der evangelische Pfarrer und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer jüngst in der Süddeutschen Zeitung den Begriff 'Unrechtsstaat' in Bezug zum SED-Staat, mit der Begründung ablehnt, dass er „*geheiratet, Kinder bekommen hätte, umsorgt im Krankenhaus gelegen, ein Theologiestudium an einer staatlichen Universität abgeschlossen, den Führerschein gemacht, eine Wohnung zugewiesen bekommen*“ habe, dann stellt er dies dem Unrecht der politischen Strafjustiz gegenüber, die mit ihren strafrechtlichen Gummiparagrafen nahezu freie Hand zur Verfolgung Andersdenkender hatte.

Kein Wort von dem staatlich organisierten und von oberster Stelle gewünschten Unrecht an fast einer Viertelmillion politischer Strafgefangener!

War es etwa kein Unrecht, wenn Flüchtlinge ohne Gerichtsurteil zum Tode durch Erschießen verurteilt wurden, Männer, Frauen, Kinder, nur, weil sie frei leben wollten?

War es etwa kein Unrecht, wenn die Stasi, Schild und Schwert der Partei, mich folterte und über zehn Jahre mit Mordanschlägen verfolgte, weil ich mich ihrer Herrschaft widersetzte und mich wehrte?

Als zynisch zu bezeichnen ist Schorlemmers Äußerung, dass die Menschen, die der Idee des Sozialismus folgten, eine durchaus ethische und menschlich respektable Motivation gehabt hätten. Wen meint er damit? Die Tschekisten der Stasi, die die sozialistische Ideologie mit allen Mitteln und Gewalt vertraten – oder die Menschen, die ihr naiv und treugläubig verfielen? Die Menschen, die bis zuletzt an den Sozialismus glaubten und keinen Anlass zu Reformen geschweige denn zu einer Revolution sahen? Mielke? Honecker?

Unerträglich ist Schorlemmers Relativierung des „Repressions- und Spitzelapparates“, der zwar „*Zukunftschancen verstellt*“ (eine mehr als verharmlosende Formulierung), „*anderen aber viele neue Bildungswege eröffnete*“.

Wo? ...An der Juristischen Hochschule der Stasi in Potsdam?

Als FDJ-Sekretär?

Als Promovend für Marxismus-Leninismus?

Als Hauptamtlicher beim MfS?

Dass er mit diesen Äußerungen alle Widerständigen verhöhnt, kommt ihm nicht in den Sinn. Er spricht abwertend vom „*Freiheitspathos*“ der Flüchtenden und Ausreiser, die lediglich „*besser leben wollten*“. Hat er sich denn nie die Bilder aus Ungarn oder aus den Botschaften angeschaut? Hier haben Menschen alles aufgegeben, haben auf alle Errungenschaften des

DDR-Sozialismus (Krankenhaus, Führerschein und Theologiestudium) verzichtet, um ein freies und v.a. selbstbestimmtes Leben zu erlangen.

„Es gab Lücken im Mauerstaat“ und „Es konnte Kritik geübt werden“ – zwei Behauptungen, die zeigen, wie bewusst blind Schorlemmer sich der Einsicht in den Unrechtscharakter der DDR verweigert. Wie soll man einen Staat bezeichnen, der sein Volk einsperrt, der Männern, Frauen und Kindern bei ihrer Flucht in den Rücken schießt?

Die Ausweisung Biermanns konterkariert Schorlemmers Äußerung zu Kritikmöglichkeiten im Arbeiter- und Bauernstaat. Und Biermann war dazu noch überzeugter Sozialist!

Wie man mit sog. Staatsfeinden umging, dürfte doch wohl auch Schorlemmer bekannt sein: Zersetzung, physische und psychische Folter, langjährige Haftstrafen, Entführung, Mord!

Schließlich holt er das Uralt-Argument der Nicht-Vergleichbarkeit mit dem Nationalsozialismus aus der Schublade.

Ja, die DDR hat keinen Weltkrieg angezettelt, keinen Holocaust und keine Massenmorde verursacht und organisiert.

Ist sie deswegen weniger Unrechtsstaat?

Kann man Unrecht zahlenmäßig qualifizieren?

Schorlemmer tut dies und hierarchisiert damit Opfer von Unrechtsstaaten. Merke: Dem Gefolterten ist es egal, ob er in den Folterkammern der Gestapo oder der Stasi gequält wird.

In der Konsequenz heißt das, dass er den Unrechtscharakter des SED-Staates durch banale Relativierungen und unter Auslassung brutaler Wahrheiten verharmlost, verklärt und bagatellisiert! Das kommt dabei heraus, wenn Pfarrer Geschichte schreiben!

Schorlemmer ist ein Schönredner der Diktatur.

Die Ostdeutschen können auch nicht stolz darauf sein, was sie unter den Bedingungen der Diktatur geleistet haben.

Sicher, auch sie waren nicht besser oder schlechter als die Westdeutschen. Das Privatleben der Menschen auf beiden Seiten der Grenze umfasste Freude und Leid, Hoffnung und Enttäuschungen, Erfolge und Misserfolge. Sie hatten Familien und soziales Umfeld, ein Zuhause, das ihre Heimat war. So weit, so gut.

Die Rahmenbedingungen beider Staaten unterschieden sich aber dramatisch durch politische Pluralität und wirtschaftliche Chancen auf der einen Seite und sozialistische Uniformität, zentral verwaltete Mangelwirtschaft und täglich spürbare Unfreiheit auf der anderen. Kann man unter den vorgenannten Rahmenbedingungen stolz auf eine Lebensleistung sein?

Waren die Zwangsarbeiter der sowjetischen GULags beim Bau der Transsibirischen Eisenbahn etwa stolz auf ihre Lebensleistung?

Mag dieses Beispiel auch pointiert sein, so macht es die politische Indoktrination eines Feindbildes vom Klassenfeind und vom

„unversöhnlichen Hass“ auf denselben deutlich, ausstrahlend in alle Lebensbereiche.

Die Verklärer und Schönredner, das heißt jene, die von der Diktatur profitierten und jene, die sie bis heute für eine politische Alternative mit Schönheitsfehlern halten, versuchen, die Menschen, die in der DDR gelebt haben, nachträglich als Geisel zu nehmen: Es wird so getan, als ob die Kritik am SED-Staat Kritik an den Menschen sei. Das ist eine infame Strategie.

Den Volksaufstand von 1953 nicht verhindert zu haben, entwickelte sich zum Trauma des Ministeriums für Staatssicherheit, das in der Folgezeit zu einem monströsen Überwachungsapparat ausgebaut wurde und sich auf den Tag X vorbereitete. Seine Methoden verfeinerten sich im Laufe der Zeit, reichten über Entführung, Erschießung und Vernichtungshaft bis hin zu psychischer Folter, und Auftragsmord. Mit allen Mitteln wurde die Gewaltherrschaft gegen den Widerstand von innen und außen verteidigt.

Nach wie vor liefen dem „Arbeiter- und Bauernstaat“ die Arbeiter und Bauern davon. Die systemimmanente Logik erforderte den Mauerbau vom 13. August 1961; ein ganzes Volk wurde eingesperrt. Zwar verringerten sich die Flüchtlingszahlen, nicht aber der Wunsch, diesem Staat den Rücken zu kehren. Viele Menschen riskierten weiterhin ihr Leben, um in die Freiheit zu gelangen.

Mit ihrer Flucht leisteten sie Widerstand und entlarvten damit das SED-Regime als Zwangsstaat, der um internationale Anerkennung buhlte.

Flucht und Fluchthilfe wurden als Totalverweigerung und damit als widerständige Handlung zum Staatsverbrechen erklärt und mit brutalen Strafen belegt. Flüchtlinge waren der Nagel am Sarg des SED-Staates. Fluchthelfer wurden als „kriminelle Menschenhändlerbanden“ bezeichnet. Dabei war es die DDR, die im Wortsinn mit Menschen handelte, indem sie seit 1964 fortlaufend politische Häftlinge gegen Rohstoffe und Devisen in den Westen verkaufte. Alle Fluchtfragen waren Sicherheitsfragen und über Sicherheitsfragen entschied einzig und allein die Stasi mit allumfassender Macht.

Allgegenwärtige Propaganda und die staatlich verordnete Erziehung zum sozialistischen Menschen taten ihr übriges, um kollektive Gehirnwäsche erfolgreich werden zu lassen.

Die Bahr'sche These vom „Wandel durch Annäherung“ legitimierte die neue Ostpolitik und sicherte die staatliche Existenz der DDR. Im Hintergrund aber lief eine ganz andere Entwicklung ab.

Trotz scheinbar unüberwindlicher Grenzen ließen sich widerständige Menschen immer abenteuerlichere Fluchtwege einfallen, mit dem Ballon, dem Surfbrett über die Ostsee, umgebauten Autos, Ultraleichtflugzeugen oder die Flucht mit bereitgestellten Reisepässen über Drittländer im Ostblock. Für die „Totalverweigerer“ stand fest: Der Sozialismus und

damit der SED-Staat müssen als Zwangsherrschaft delegitimiert und abgeschafft werden.

Flucht und Fluchthilfe hat es deshalb während der gesamten Existenz der DDR gegeben. Dies war die effektivste Form des Widerstands.

Bürgerrechtler glaubten hingegen an die Reformierbarkeit der DDR unter Beibehaltung sozialistischer Grundgedanken, aber mit demokratischen Strukturen. Ihre Aktionen zielten auf einen friedlichen Dialog mit der herrschenden SED zur Umgestaltung der DDR, nicht zu deren Abschaffung. Die späteren 'Runden Tische' sind Ausdruck ihrer politischen Illusionen.

In den 80er Jahren entstanden kleine, SED-kritische Gruppierungen, die heute als „*Opposition*“ bezeichnet wird. Doch eine *Opposition per definitionem* konnte und durfte es in der DDR nicht geben. Deshalb waren auch sowjetische Systemkritiker nicht Oppositionelle, sondern Dissidenten. Es liegt im Wesen einer Diktatur, keine Opposition oder Reformen zu dulden. Anpassung und Opportunismus waren Teil der Überlebensstrategie dieser Gruppen. Er gipfelte 1989/90 in dem Versuch, eine „erblühende, eigenständige DDR“ zu schaffen.

Der Widerstand war seit Gründung der DDR legitim, weil er von der Mehrheit der Menschen getragen wurde. Er war vom Wiedervereinigungsgedanken geprägt, wie in der Präambel zum Grundgesetz verankert. Damit waren die Sozialismusreformer als „demokratische Alternative“ delegitimiert.

Sie fanden weder die Kraft, noch wollten sie Schlussfolgerungen aus einer politisch unveränderten Lage ziehen. Ihre Intentionen konnten sich daher nur auf Kosmetik am System beschränken. Der Widerstand gegen ein unmenschliches System, hatte im manichäischen Weltbild der sozialistischen Reformer leider keinen Platz.

Auch die Christen im SED-Staat befanden sich auf dem Weg des Irrtums, als sie sich nach dem Mauerbau in der stalinistischen Diktatur einzurichten begannen und ihr Glaubensleben zugunsten von Autoritätshörigkeit und Untertanengeist verarmen ließen.

Zu Beginn der 70er Jahre prägten Vertreter der ev. Kirche die Formel der "Kirche im Sozialismus".<sup>1</sup> In den achtziger Jahren hatte der Bündnispartner 'Evangelische Kirche' für die SED moralpolitische und ordnungspolitische Aufgaben zu erfüllen. Die Partei benutzte die Kirche als kontrolliertes Auffangbecken für Menschen und Ideen. Wer den parteibürokratisch gesteuerten Politrummel nicht mitmachen wollte, der hatte damit die Gelegenheit, 'alternativ' zu sein – im genau vorgegebenen Rahmen der evangelischen Landeskirche.

Wo dieser Rahmen nicht eingehalten wurde, kam es nach wie vor zum Konflikt mit der Staatsmacht. Diese Konflikte ließen dann nach außen hin

---

<sup>1</sup> Bischof Albrecht Schönherr auf der Synode des BEK/DDR 1971: "Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein." Die Formel postulierte ein deutliches Sich-Einlassen auf den Sozialismus in der DDR.

den Eindruck entstehen, dass die Kirche im SED-Staat eine von Partei und Staatsmacht verfolgte Opposition sei, was sie jedoch qua Definition und Inhalt nicht war.<sup>2</sup>

Widerstand ist eine Verhaltensform, die einen allumfassenden Herrschaftsanspruch in Frage stellt. Während die Bürgerrechtler genannten Sozialismusreformer einzelne Erscheinungsformen der Diktatur kritisierten, verweigerte sich widerständiges Denken und Handeln in Flucht, Fluchthilfe und Ausreise. Der Widerstand lehnte die Systemherrschaft total ab und wollte dessen Beseitigung. Dies trifft auf die sich selbst zur „Opposition“ erhöhten Bürgerrechtler nicht zu. Zwischen beiden, den widerständig Handelnden und den Bürgerrechtlern, gab es deshalb zu keiner Zeit integrative Elemente.

Im Unterschied zum Widerstand dachten die erwähnten Gruppierungen nicht an eine Abschaffung der DDR, ja nicht einmal an eine Abschaffung des sozialistischen Systems. Leitbild wurde der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, der 1968 in Prag durch den Einmarsch der Roten Armee gewaltsam scheitern musste. Man glaubte weiterhin an den Sozialismus als die Alternative zum 'kapitalistischen System der BRD'. Diese Gruppen wollten keine parlamentarische Demokratie in einem freiheitlichen Rechtsstaat, sie wollten in einer reformierten und sozialistischen DDR alternativ leben.

Gleichzeitig jedoch wurde die widerständige Flucht durch die Ausreisebewegung der späten 70er und 80er Jahre ergänzt. Ausreisewillige waren bereit, alles – Familie, Wohnung, Existenz, materielle Güter, soziales Umfeld – aufzugeben, um in die Freiheit zu gelangen.

Der evangelische Pfarrer Oskar Brüsewitz in Zeitz, gab mit evangelisierenden Plakaten neben kommunistischen Losungen oder dem Installieren eines Kreuzes aus Neonröhren an seiner Kirche, Zeichen des Protestes. Am 18. August 1976 setzte er ein Fanal des Widerstands, indem er sich öffentlich verbrannte.

Kritik und dissidente Haltung vieler Menschen gegenüber dem SED-Regime, wurden 1976 durch das Vorgehen gegen Wolf Biermann verstärkt, der nach einem genehmigten Konzert in Köln kurzerhand ausgebürgert wurde. Ihm folgte ein kultureller Exodus, denn nun verfolgte die DDR die Strategie, unliebsame Kritiker schnell loszuwerden. Sie wurden kurzerhand des Landes verwiesen, egal unter welchen Umständen, während gleichzeitig die Gefängnisse und Untersuchungshaftanstalten in der DDR noch voll von sogenannten 'Republikflüchtlingen' waren.

Losgeworden ist man auch an die 33 000 politische Häftlinge, deren Freikaufpreis den DDR-Haushalt zu stabilisieren half.

Eine perverse Diskrepanz.

---

<sup>2</sup> R. Henrich, TVZ, Zürich 2004, 236

In der letzten Phase der DDR, die durch den Machtantritt Gorbatschows 1985 eingeleitet wurde, zeigte sich die Gerontokratie der SED-Herrscher weiterhin reformunfähig. Während in den anderen Ostblockländern Reformen eingeleitet wurden, die alle miteinander in den Sturz der kommunistischen Systeme mündeten, zeigte sich Ost-Berlin blind und realitätsfern. Das Repressionssystem funktionierte nach wie vor, jedoch unter sich verstärkendem Protest der sich emanzipierenden Generation der „Dagebliebenen“.

Gleichzeitig ergriffen wiederum Zehntausende DDR-Bürger die Möglichkeit zur Flucht über Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen. Den Startschuss zur Massenflucht gab Ungarn, als es am 19. August 1989 die Grenze zu Österreich für drei Stunden öffnete, bekannt als „*Paneuropäisches Picknick*“.

Danach gab es kein Halten mehr. Die Bilder der Botschaftsbesetzer von Prag gingen um die Welt und der damalige Außenminister Genscher, der in den 70er und 80er Jahren die dtsh. Botschaften im Ostblock angewiesen hatte, DDR-Flüchtlingen jede Hilfe zu versagen, aus Gründen der sog. „Entspannungspolitik“, wurde nun zum größten Fluchthelfer aller Zeiten, als er den in der dtsh. Botschaft wartenden Flüchtlingen zur Ausreise verhalf. Dafür wird er nun gelobt und gepriesen!

Die bundesdeutsche Ostpolitik war damit jedoch endgültig gescheitert und die Bundesregierung bekannte sich endlich zu ihrer Obhutspflicht.

Die bereitgestellten Züge mit den Botschaftsbesetzern mussten, so wollte es Honecker, über das Staatsgebiet der DDR in den Westen fahren. Das führte am Dresdener Hauptbahnhof zu Aufstands-ähnlichen Szenen. Tausende drängten zur Mitfahrt – und wurden brutal zusammengeknüppelt.

Erst die Massenflucht des Sommers 1989 machte die Montagsdemonstrationen vor und nach dem 40. Jahrestags der DDR möglich. Den Todesstoß erhielt das Regime am Abend des 9. November aus den eigenen Reihen durch Politbüromitglied Schabowski. Auf einer PK, auf der er die neue Reiseregulation bekannt geben sollte, die auf Druck der Massenfluchten von der SED beschlossen worden war, antwortete er auf Nachfrage, wann diese Regelung in Kraft treten sollte, irrtümlich mit „*sofort...unverzüglich.*“ Damit riss er unfreiwillig die Mauer ein, denn noch am gleichen Abend drängten die Ostberliner zu den Grenzübergängen und erzwangen die Öffnung.

Nun formierte sich tatsächlich eine Opposition in mehreren unterschiedlichen Gruppierungen, die diesen Namen verdient. Das vor sich hin marodierende Ministerium für Staatssicherheit hatte dem nichts mehr entgegenzusetzen und zeigte sich angesichts des Befehlsnotstands handlungsunfähig.

Das greise Politbüro hatte ausgedient.

Trotzdem präferierten die meisten Oppositionsgruppierungen den sogenannten „Dritten Weg“, also „DDR light“.

Weil Parteichef Gorbatschow auf die „Breschnew-Doktrin“, also die sowjetische Vorherrschaft über den Ostblock, verzichtete, war jetzt der Weg für die längst diskutierte Wiedervereinigung offen.

Zum ersten Mal gab es freie und geheime Wahlen aus denen ein demokratisch gewähltes Parlament hervorging. Am 23. August 1990 stimmte die Volkskammer für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 GG.

Fazit: Die Fluchtbewegung, die seit Gründung der DDR einsetzte und nur durch den Mauerbau teilweise eingedämmt werden konnte, bildete die Basis und den Katalysator für die Massendemonstrationen und die Entstehung einer Opposition im Herbst 1989.

Der Revolutionsbegriff für diesen Vorgang muss in weiten Teilen abgelehnt bzw. dahingehend transformiert werden, dass mit der Revolution die Wiedervereinigung gemeint war – und diese ist tatsächlich ein welthistorisches, revolutionäres Ereignis.

Die außenpolitische, wirtschaftliche, ideologische und politische Zukunftslosigkeit der DDR und die Destabilisierung durch Hunderttausende Flüchtlinge, führte zu ihrem Zusammenbruch. Das Ende des Ost-West-Konflikts, die Auflösung des Sowjetimperiums und des Warschauer Pakts sind alle Ergebnisse revolutionärer Vorgänge im Ostblock, die diese Entwicklung erzwangen, deren gemeinsame Grundlage die Ablehnung der kommunistischen Ideologie mit all ihren negativen Folgeerscheinungen war.

Einer der wohl wichtigsten Zeitzeugen, Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl, stellt unmissverständlich fest: *„Die Bürgerrechtler haben die DDR nicht gestürzt. Die wirtschaftliche Schwäche brachte den Ostblock zum Einsturz, und nicht die Chöre der Bürgerbewegung.“*

Bis heute stehen die Reformsozialisten aber im Mittelpunkt von Ehrungen und Würdigungen, der Widerstand findet dagegen in der öffentlichen Wahrnehmung, vor allem in den Schulbüchern von Rostock bis Rosenheim, keinen Platz.

Die Bürgerrechtler als Sozialismusreformer, denen der DDR-Sozialismus *„für die Ewigkeit geschmiedet“* erschien und die ihre Verhaltensweisen heute mit anhaltender „Negativ-Sozialisation“ erklären, haben zumindest eines gelernt: dialektische Volten, denn sie blieben die Antwort auf die Frage schuldig: Was ist in einer Diktatur zu reformieren?

Wenn es um die Durchsetzung von Freiheit, Demokratie, Gewaltenteilung, Pressefreiheit, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit ging, war das mit den Strukturen und dem Selbstverständnis einer auf Hass basierenden, aggressiven und repressiven Gesellschaft nicht möglich. Etwaige Versuche endeten zwangsläufig in der Transzendenz des realsozialistischen Systems.

Von Anfang an gab es zwischen den Friedens- und Umweltgruppen der Bürgerrechtler der 80er Jahre und denen, die Ideologie und Gewaltherrschaft des SED-Staates ablehnten, keine gleichen Überzeugungen. Folgt man dieser, an Boden gewinnenden Erkenntnis der Historiker, muss man zu dem Ergebnis kommen, dass die bisherige Geschichtsdarstellung hinsichtlich des 'Verdienstes' dieser Minimal-Opposition am Untergang der DDR falsch ist. Denn nicht die, die ihn reformieren wollten, intendierten seine Abschaffung, sondern jene, die eine Unvereinbarkeit kommunistischer Diktatur mit rechtsstaatlicher Demokratie längst erkannt hatten.

Das müsste bedeuten, dass die widerständig Handelnden im Mittelpunkt von Dankbarkeit und Ehrungen der Gesellschaft steht, nicht aber die DDR-Reformer und Sozialismus-Anhänger. Die historische Sicht auf diese Zusammenhänge ist bis heute irreführend.

Zunächst haben die Opfer der SED-Diktatur die hehren Worte der Politik, die Feiern und Mahnungen als Ehrung für sich angesehen, bis ihnen aufging, dass die Veranstalter und Redner das Erinnern zu einer Ehrung für sich selbst umfunktioniert hatten.

So wird Geschichte seit 1990 schleichend manipuliert. Am Ende werden Täter, Mitläufer und Wendehälse zu Opfern und nehmen jene Ehrungen ohne Scham für sich in Anspruch, die andere durch ihr Handeln verdienten. Die unübersehbare Bedeutung widerständigen Handelns für den Zusammenbruch der Diktatur wird marginalisiert. Die Träger dieses Widerstands reklamieren deshalb seit langem für ein neues *Klassement* auf der gesellschaftlichen Werteskala Deutschlands.

Mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an fünfzehn Fluchthelfer am 29. Oktober 2012, ist zumindest ein erster Schritt getan.

### **Mein Widerstand**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf heute zu Ihnen als ein Mann des Widerstands sprechen. Ich habe Widerstand geleistet, weil ich den SED-Staat grundsätzlich ablehnte und die Freiheit ersehnte.

Ich wollte nicht in einer „sozialistisch“ genannten Gesellschaft leben, die meine Träume und Sehnsüchte als bürgerliche Relikte der Vergangenheit abwies. Erst war mir die DDR fremd, dann verhasst. Bis zu ihrem Untergang blieb ich ihr widerständig verbunden und avancierte zu ihrem sehr speziellen Staatsfeind.

Wie kam das?

Nach Abitur und Examen an der Schauspielschule, trotz Theater-Engagements und Förderungsvertrag beim DDR-Fernsehen, wollte ich

diesen Staat verlassen. Doch die Mauer stand seit einigen Jahren. Ich versuchte es trotzdem.

Die Flucht misslang und ich landete in der Zelle eines Untersuchungsgefängnisses der Stasi. Es begann ein sieben Jahre andauernder Leidensweg von zermürbender Haft, sensorischer Deprivation, physischer und psychischer Misshandlung bis hin zu ausgeklügelter Folter, von denen eine die Scheinhinrichtung war.

Als politischer Häftling, inmitten des Bodensatzes der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ und eines weitverzweigten Spitzel- und Denunziantensystems, war ich von Hass und Gewalt umgeben und lernte die zu hassen, die mich quälten. Daraus erwuchs in mir der Wunsch zum widerstehen.

Widerständiges Handeln war mir nicht unbekannt. Damals, 1963, druckte ich auf einer alten Schreibmaschine Flugblätter, die zu einer Demonstration gegen die Mauer und für Freiheit aufriefen. Die ummauerte Unfreiheit wollte ich nicht unwidersprochen hinnehmen! Selbst in den Zuchthäusern Bautzen und Brandenburg gab ich meiner tiefen Abneigung gegen die Gewaltherrschaft durch widerständiges Handeln Ausdruck, indem ich als Zwangsarbeiter im militärisch-industriellen Rüstungskomplex der DDR Produkte und Produktionsmittel sabotierte.

In meinem Buch nehme ich dazu detailliert Stellung.

Darüber hinaus gelang es mir, sogenannte „Kassiber“ aus dem Gefängnis heraus zu schmuggeln, die von Freunden in den Westen verbracht und dort publiziert wurden. Amnesty International, Sektion Yorkshire/England, ernannte mich 1970 zum „Gefangenen des Jahres“, verfasste Protestnoten an die DDR-Regierung und forderte meine Freilassung.

Die Bundesregierung setzte mich auf ihre Freikaufliste. Auch dieser Widerstand trug Früchte. Mit einem Regierungstransport der DDR kam ich 1971 in die Bundesrepublik. Krank und ausgezehrt, aber frei.

Nach wochenlanger Rekonvaleszenz glaubte ich, mit einem Engagement am Staatstheater Niedersachsen meine berufliche Karriere wieder aufnehmen zu können.

Doch Sprachblockaden als Folge posttraumatischer Belastungsstörungen hinderten mich nachhaltig daran. Durch einen Freund kam ich auf Einladung von Professor Helge Pross nach Gießen/Hessen und immatrikulierte mich an der Justus-Liebig-Universität für Politik, Soziologie und Philosophie als Doktorand. Frau Pross wurde meine Doktormutter.

Im Verlauf meiner Studien lernte ich die Stasi ein zweites Mal kennen, diesmal theoretisch – und war überrascht, wie wenig man im Westen wusste, vor allem, was die Verfolgung politischer Gegner der SED-Diktatur betraf.

Noch während des Sommersemester 1972 half ich, die Flucht eines Dozenten der DHfK Leipzig zu organisieren. Die Flucht glückte. Durch

Mund-zu-Mund-Propaganda erwachsen daraus neue Kandidaten. Im gleichen Jahr verhalf ich drei weiteren DDR-Bürgern zur Flucht. Im Folgejahr bereits elf, darunter einige Mediziner.

Ich hatte mich sozusagen „an die Front des Widerstands“ zurück gemeldet.

Im Frühjahr 1973 sprach ich im Deutschen Fernsehen über Misshandlungen und Folter an politischen Häftlingen in DDR-Gefängnissen. Seit dem Bau der Mauer war ich damit wohl einer der ersten ehemals politischen Häftlinge, der den SED-Staat auf mediale Weise an den Pranger stellte.

Im Frühsommer des gleichen Jahres entnahm ich einer Pressemeldung, dass die DDR, zeitgleich mit der Bundesrepublik, im September der UNO beitreten wolle. Die Justiz der gleichen DDR hatte mich bei meiner politischen Verurteilung wegen eines 1963 geschriebenen Briefes an die UNO zu einer Einsatzstrafe von anderthalb Jahren verurteilt. Darin hatte ich mich als Ostberliner gegen meine Musterung zur NVA beschwert – ein Verstoß gegen das Potsdamer Abkommen.

Die Begründung des Obersten DDR-Gerichts lautete: „Verbindungsaufnahme mit einer verbrecherischen Organisation“. Nun beehrte die DDR die Mitgliedschaft in eben dieser „verbrecherischen Organisation“ UNO.

Davon inspiriert, verfasste ich ein achtseitiges, „*Memorandum*“ genanntes Schreiben mit der Begründung, warum die DDR nicht Mitglied der UN werden darf. Schließlich gehört zur UN-Mitgliedschaft die Anerkennung der Charta für Menschenrechte. Die DDR verletzte sie täglich. Über den damaligen Vorsitzenden der CSU gelangte das Papier zu einem Mitglied der parlamentarischen Delegation der Bundesrepublik, der es nach New York trug. Er hinterließ das Memorandum in der Geschäftsstelle des Generalsekretariats der UN, wo es ins Englische übersetzt wurde.

Entgegen aller Erwartungen, lag mein Memorandum am 18. September 1973 auf allen Tischen im Plenum der UN, auch auf dem des DDR-Vertreter. Der Schluss lautete: *„Der Unterzeichner bittet die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen und dessen Generalsekretär, mit Mehrheit gegen den Aufnahmeantrag der ‚DDR‘ in die Vereinten Nationen zu stimmen. Im Namen der Menschenrechte! Im Namen eines verstummten und gefesselten Volkes!“*

Kein Widerstand gegen Unrecht, mag er noch so aussichtslos erscheinen, ist sinnlos.

Die Stasi schäumte! Auf Anweisung von Stasi-Minister Erich Mielke, rief das Ministerium für Staatssicherheit darauf 1974 den Zentralen Operativen Vorgang (ZOV) „Skorpion“ ins Leben. Es war der Auftrag zum Mord!

Zehn Jahre lang wurde ich mit Mordanschlägen bedroht. Zwischenzeitlich promovierte ich mit einer Arbeit über eben dieses MfS und führte meine Fluchthilfeaktionen klandestin fort. Im Wissen, dem SED-Staat qualifiziertes Fachpersonal zu entziehen und damit empfindlich zu schaden, arbeitete ich gründlich und sorgsam.

Das erste Attentat erfolgte 1979. In den Semesterferien fuhr ich regelmäßig nach Griechenland. Das blieb der Stasi nicht verborgen. Man spielte einen IM an mich heran mit dem ich mich befreundete. Sein Auftrag: Mord.

Wenig später platzierte er an meinem Wohnort einen Sprengsatz in meinem Auto, der auf der Autobahn explodierte. Dabei wurde ich zum Glück nur leicht verletzt.

Im darauf folgenden Jahr lockte er mich zum nächsten Tatort. Mit einem angemieteten Transporter vom Typ „Sprinter“ fuhren der IM und ich zu einem vorgeblichen Antiquitätenkauf nach England. Auf der Autobahn M 1 hatte die Stasi einen Scharfschützen positioniert, der mich kurz vor London erschießen sollte. Das tat er auch – traf mich auf Grund glücklicher Umstände jedoch nicht. Ich blieb unverletzt.

1981 sollte meine Liquidierung gelingen. Diesmal lockte der IM meine Familie und mich zu gemeinsamen Ferien nach Israel. Dort sollte ich durch Gift sterben, das er und eine weitere, möglicherweise hauptamtliche, Stasifrau unbemerkt dem Essen beifügten. Einer späteren Diagnose nach nahm ich eine zehnfach tödliche Menge des Giftes auf.

Nach notfallmedizinischer Behandlung in Deutschland, überlebte ich auch diesen Mordanschlag wie durch ein Wunder.

Ich ahnte, dass die Stasi mich jagte und ich meinen Widerstand mit dem Leben bezahlen könnte.

Tatsächlich war der nächste Mordanschlag bereits in Planung, wie ich den aufgefundenen Geheim-Akten der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) des MfS in der Gauck-Behörde entnahm.

Die HVA des MfS bildete, u.a. in Prora/Ostsee, sogenannte „Befreiungskämpfer“ für Mord- und Terroranschläge aus, so auch die sogenannte „Südwestafrikanische Befreiungsorganisation“ (SWAPO).

Man plante sie zu informieren, dass ich angeblich für den Geheimdienst des südafrikanischen Apartheid-Regimes arbeiten würde. Das war zwar eine faustdicke Lüge, die ihren Zweck insofern erfüllte, als mich die „Befreiungskämpfer“ als ihren Feind töten sollten und würden.

Quasi als Subunternehmer der Stasi.

Dazu kam es glücklicherweise nicht mehr.

Die Massenflucht Zehntausender Menschen im Sommer 1989 über die bundesdeutschen Botschaften im Ostblock, ließen die Diktatur taumeln. Die Stasi stellte ihre „Kampfoperationen“ gegen mich ein.

Trotz großer Anstrengungen war es dem „Schild und Schwert“ der SED nicht gelungen, mich zu zersetzen oder zu töten. Bis dahin hatte ich nach meiner Jahresliste 220 DDR-Bürgern zur Flucht in die Freiheit verholfen. Mein widerständiges Handeln war nachhaltig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

heute ist es wieder notwendig, den Deutschen zu vermitteln, dass es Einigkeit und Recht und Freiheit nicht zum Spartarif geben kann. In seiner Rede in Danzig wies Bundespräsident Gauck darauf hin, dass die Freiheit in Europa „nicht selbstverständlich“ sei. Da hat er wohl Recht.

Der Fall der Mauer und damit des eisernen Vorhangs in Europa, fand zwar generalpolitisch in der Gorbatschow-Ära von Glasnost und Perestroika statt, vom Himmel gefallen ist der Mauerfall gleichwohl nicht.

Er wurde über einen langen Prozess der Destabilisierung und Delegitimierung kommunistischer Gewaltherrschaft im Osten Deutschland, durch anhaltend widerständiges Verhalten erreicht, an dessen Ende die Massenfluchten des Sommers 1989 standen. In dem Moment, als sich die Machthaber deshalb zu liberaleren Reisegesetzen entschlossen, brachte ein banaler Versprecher die Mauer zum Einsturz.

Als der Widerstand durch die medial erfahrbare Flucht Zehntausender manifest wurde, riefen die Menschen „*Wir sind das Volk*“, der nur wenig später von den wirklichen Revolutionären durch den Ruf „*Wir sind ein Volk*“ ersetzt wurde. Er leitete unüberhörbar den revolutionären Prozess der Wiedervereinigung ein.

Das Volk und die Verfolgten des Unrechtsstaates DDR sind frei. Wir feiern den 25. Jahrestages des Mauerfalls.

Doch die Verklärung der Diktatur schreitet voran. Wer aber in der Demokratie schläft, kann in der Diktatur aufwachen.

Die Täter sind unter uns.

Die, die in dunkler Zeit Widerstand gegen den Terror einer menschenverachtenden Diktatur leisteten, sind Vorbilder für alle Zeit und sollten im Gedächtnis dieses Landes einen herausragenden Platz erhalten.

—